

## Bayern kompakt

## ANGRIFF IN AUGSBURG

## Streit unter Bekannten endet mit Macheten-Attacke

Bei einem Streit in einer Wohnung in der Augsburger Innenstadt hat ein 56-jähriger Bewohner einen neun Jahre jüngeren Besucher mit zwei Macheten angegriffen. Wie die Polizei meldet, gerieten die Männer am späten Donnerstagabend in Streit. Zunächst soll der Gast den Wohnungsinhaber mit einer Bierflasche geschlagen haben. Nachdem sich die Situation wieder beruhigt hatte, soll dann der 56-Jährige sich plötzlich zwei Macheten gegriffen haben und auf den 47-Jährigen losgegangen sein. Das Opfer erlitt leichte Abwehrverletzungen am Ellbogen. Er flüchtete ins Freie und alarmierte die Polizei. Als der 56-Jährige in den Arrest gebracht wurde, trat und spuckte er nach den Polizeibeamten. (jöh)

## BAD IN OETTINGEN WIRD SANIERT

## Bürger entscheiden über Brückenstandort

Die Diskussion um den Standort einer Freibadbrücke hat in Oettingen im Landkreis Donau-Ries vor mehreren Monaten zu einem Bürgerbegehren geführt. Am Sonntag stimmen die Wahlberechtigten beim Bürgerentscheid ab. Hintergrund ist die Sanierung des Naturfreibads an der Würnitz, wovon es nur zwei in Schwaben gibt. Bei einem Planungswettbewerb entschied sich die Stadt für einen Entwurf für das Areal, der eine Brücke weiter nördlich vorsieht, nicht am bisherigen Standort. Badbesucher sahen diese Alternative als nachteilig. (vmo)

## AUCH PROMIS SIND MAL ARBEITSLOS

## Schauspielerin kämpft mit Existenzängsten

Schauspielerin Monika Baumgartner („Der Bergdoktor“) hat trotz ihrer erfolgreichen Karriere immer wieder mit Existenzängsten zu kämpfen gehabt. „Wenn ich keine Rollen hatte, bin ich, wie viele Kollegen, zum Arbeitsamt gegangen und habe mich arbeitslos gemeldet“, sagte die 65-Jährige in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*. „Die ersten Male habe ich mich fürchtend geniert.“ Man beginne, an sich zu zweifeln und habe Angst, bald die Miete nicht mehr zahlen zu können. Obwohl sie ihr Rentenalter erreicht hat, will sie aber weiter arbeiten. (dpa)

M. Baumgartner

M. Baumgartner

URLAUB IM KLOSTER  
Messe bietet Angebote für spirituelle Ausflüge  
Das Erzbistum München und Freising stellt spirituell-religiöse Urlaubsorte heuer zum ersten Mal auf der Reise- und Freizeitmesse „free“ vor. Man reagiere damit auf die steigende Nachfrage von Urlaubern und Besuchern nach spirituellen und religiösen Angeboten, hieß es. Unter dem Motto „Grüß Gott! Stille erleben. Sinn erfahren“ präsentiert das Erzbistum vom 22. bis zum 26. Februar gemeinsam mit dem Erzbistum Salzburg in der Messe München kirchliche Angebote wie Bergexerziten, Kirchenführungen oder Urlaub im Kloster. (kna)

## TÖDLICHE KOPFVERLETZUNG

## 22-Jähriger wird von Gabelstapler erschlagen

Bei einem Unfall mit einem Gabelstapler ist im oberbayerischen Eggkofen im Landkreis Mühldorf am Inn ein 22 Jahre alter Mann ums Leben gekommen. Nach Angaben der Polizei war der Mann auf einem landwirtschaftlichen Anwesen mit Arbeiten beschäftigt gewesen. An einer unebenen Stelle sei der etwa sechs Tonnen schwere Gabelstapler plötzlich umgekippt. Der 22-Jährige habe bei dem Sturz tödliche Kopfverletzungen erlitten. Auch der Notarzt konnte ihm nicht mehr helfen. (dpa)

## Trump treibt Menschen in die Politik

Statistik Viele Parteien verzeichnen einen kräftigen Zuwachs an Mitgliedern. Ausgerechnet der umstrittene neue US-Präsident löst diesen Effekt aus. Die SPD profitiert zusätzlich von einem Schulz-Schwung. Doch ist diese Entwicklung von Dauer?

VON HOLGER SABINSKY-WOLF

**Augsburg** Es gab eine Zeit, da hatte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mehr als eine Million Mitglieder. Das war 1976 und 1977. Seither hat die SPD weit über die Hälfte ihrer Basis verloren. Ende 2016 hatten die Sozialdemokraten noch 432.706 Mitglieder. Den anderen Parteien ging es ähnlich, wenngleich nicht ganz so dramatisch. Doch ausgerechnet der Mann, den in Deutschland so viele als das beginnende Ende der Demokratie betrachten, scheint diese Entwicklung aufzuhalten: Donald Trump.

Seit der Polit-Provokateur Anfang November zum US-Präsidenten gewählt worden ist, verzeichnen Parteien einen kräftigen Zuwachs an Mitgliedern. Und während die Rechtspopulisten in Europa wegen Trump Rückenwind zu spüren glauben, sind es vor allem die Parteien im linken Spektrum, denen neue Mitglieder zulaufen. Der Parteienforscher und Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld vom Münchner Zentrum für angewandte Politikforschung spricht von einem „demokratischen Alarm“. Die Menschen wollten etwas tun, um die Demokratie zu schützen (siehe Interview unten).

Den Parteien ist die Zahl der Mitglieder nicht nur deshalb wichtig,

## Mehr als die Hälfte der Neuen bei der SPD ist unter 35

weil sie damit ihre Basis und ihren Einfluss stärken, sondern auch, weil der staatliche Zuschuss zur Parteienfinanzierung unter anderem von der Mitgliederzahl abhängt.

Für Acelya Aktas war die Trump-Wahl der letzte Anstoß, in die SPD einzutreten. Die 17-jährige Schülerin aus Augsburg engagiert sich schon seit Jahren politisch. Seit dem vergangenen Jahr ist sie Landesschülersprecherin der Gymnasien in Bayern. Aktas will etwas tun gegen die allgemeine Politikverdrossenheit. Ihre Entscheidung fiel im Dezember, am Dienstag vergangener Woche trat sie online der SPD bei. „Ich will ein sehr aktives Parteimitglied sein“, sagt die 17-Jährige.

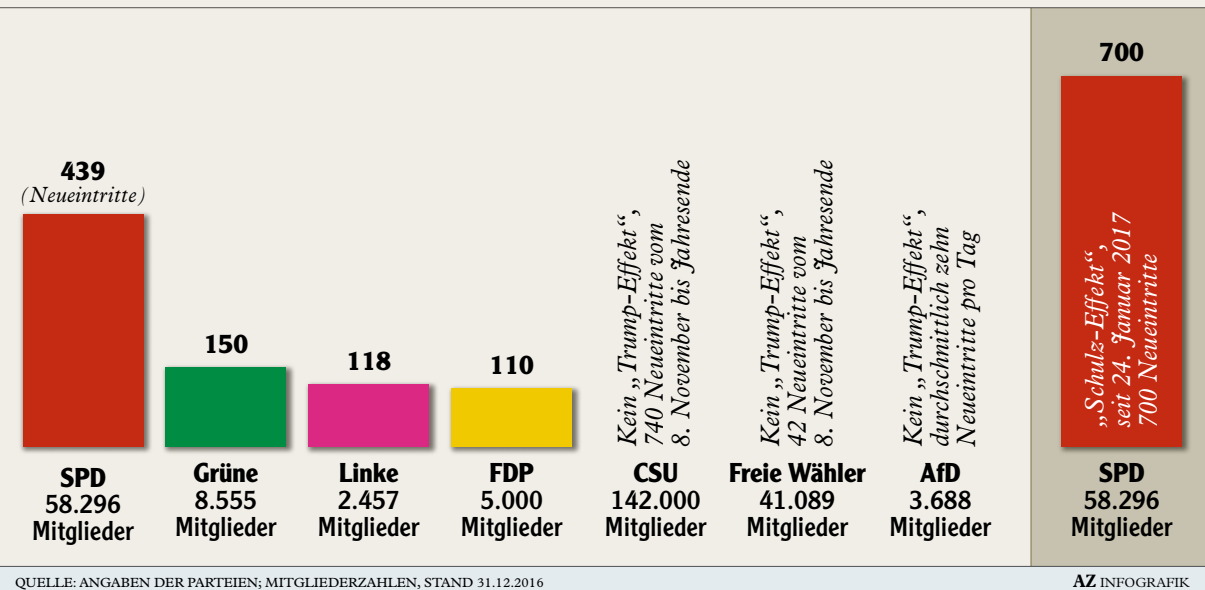
Aktas ist eine von ziemlich vielen in Bayern. „Wir spüren den Trump-Effekt“, sagt der Sprecher der Bayern-SPD, Ino Kohlmann. Von November bis Mitte Januar seien 439 Menschen der Partei beigetreten. Mehr als die Hälfte der Neuen sei unter 35. „Ein Neumitglied sagte mir: Es reicht nicht, nur auf Facebook und Twitter seine Meinung zu sagen. Man muss jetzt mal anpacken“, berichtet Kohlmann.



Donald Trump polarisiert. Aber er ist auch der Grund dafür, dass die Deutschen sich wieder politisch engagieren.

Foto: dpa

## So profitieren die Parteien in Bayern vom „Trump-Effekt“



Auch die bayerischen Grünen spürten den sogenannten „Trump-Effekt“: In den ersten drei Wochen nach der Wahl traten zirka 150 Menschen den Grünen bei, berichtet Pressesprecherin Doreen Pomsel. Das entsprache einem Zuwachs von fast zwei Prozent. Und die Entwicklung gehe im neuen Jahr auf konstant hohem Niveau weiter. Eike Hallitzky, Landesvorsitzender der Grünen, kommentiert das so: „Die Erfolge Trumps und der AfD haben viele Menschen mobilisiert. Sie wollen etwas gegen diese Entwicklung tun. Und die Grünen zeigen klare Kante gegen Populismus.“

Einen überdurchschnittlichen An-

stieg von Neumitgliedern verzeichnete auch die Linke: 118 Anträge kamen beim Landesverband nach der US-Wahl herein. Landesgeschäftsführer Max Steininger sieht neben Trump einen weiteren Grund dafür im angespannten politischen Klima: „Auffällig viele Neumitglieder gaben bei ihrem Parteieintritt an, dass sie sich in der Flüchtlingshilfe engagieren und/oder etwas gegen den grassierenden Rassismus tun wollen.“

Aber nicht nur linke Parteien profitierten von der Wahl Trumps. Auch die FDP vermerkt einen Sprung nach oben. Rund 500 Mitglieder seien im Laufe des Jahres 2016 hinzugekommen, davon 110,

also überdurchschnittlich viele nach dem 8. November, erklärt FDP-Hauptgeschäftsführer Martin Hagen. Dieser Trend halte auch im Januar an. Hagen sagt: „Viele Errungenschaften, die man für selbstverständlich hielt – Freiheit, Rechtsstaat, offene Gesellschaft – stehen plötzlich unter Druck. Ich denke, der Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen in Europa und den USA bringt viele Liberale dazu, sich stärker politisch zu engagieren.“

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums hat die AfD starken Mitgliederzuwachs. Von 3688 Mitgliedern sind 1160 im vergangenen Jahr dazugekommen, sagt der Lan-

desvorsitzende Petr Bystron. Einen speziellen „Trump-Effekt“ sieht er nicht: „Wir haben im Schnitt zehn Eintritte pro Tag, ohne nennenswerte Ausschläge.“

Keinen Effekt durch die Trump-Wahl verzeichnen CSU und Freie Wähler. Seit dem 8. November seien 740 Personen der CSU beigetreten, das entspreche dem Durchschnitt, sagt eine Sprecherin. Insider berichten sogar, dass wegen des Schlinger-Kurses von Parteichef Horst Seehofer gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingspolitik zuletzt auch Parteiaustritte zu beklagen waren. Dennoch bleibt die CSU mit rund 142.000 Mitgliedern die mit Abstand stärkste Partei im Freistaat.

Bei den Freien Wählern heißt es, man halte sich nicht für „die erste Anlaufstelle für Personen, die durch die Trump-Wahl aufgeschreckt oder motiviert wurden“. Die Freien Wähler sprächen tendenziell eher Menschen an, denen Parteiunabhängigkeit und eine eher sach- und konsensorientierte Politik wichtig sei.

Polit-Anfänger Donald Trump als Retter der deutschen Parteien? So weit ist es noch nicht. Denn die Gesamtbilanz bleibt immer noch wenig erfreulich. Weder bei der SPD noch bei den Linken konnte die hohe Zahl der Neueintritte den Rückgang bei den Altmitgliedern ausgleichen. So fiel die Linke im vergangenen Jahr leicht auf knapp 2500 Mitglieder. Bei der SPD steht ein Minus von fast 1600 auf 58.300 Mitgliedern.

Doch bei den Sozialdemokraten gibt es noch ein anderes Phänomen: den „Schulz-Effekt“, der sich nicht nur in den Wahlumfragen niederschlägt. In den drei Wochen nach Bekanntwerden der Kanzlerkandidatur am 24. Januar zählt die Bayern-SPD noch einmal 700 neue Mitglieder. Der Landesvorsitzende Florian Pronold jubelt: „In politisch aufgewühlten Zeiten spüren die Leute: Auf die SPD kommt es an.“

Der „Schulz-Effekt“ ist auch bundesweit deutlich stärker als der „Trump-Effekt“. Wie ein SPD-Sprecher in Berlin unserer Zeitung berichtet, verzeichnete die Partei zwischen 24. Januar und 14. Februar 6135 Online-Parteieintritte. Der Parteisprecher betont noch, dass die SPD seit Ende des Jahres 2016 wieder mitgliederstärkste Partei in Deutschland ist – mit 789 Mitgliedern Vorsprung vor der CDU.

Doch erfahrene Parteimanager sehen die Entwicklung mit einer gewissen Vorsicht. Sie wissen aus Erfahrung: Menschen, die spontan einer Partei beitreten, verlassen diese oft noch im selben Jahr wieder, weil sie sich in den Ortsverbänden nicht wie gewünscht einbringen können.

## „Die Leute wollen die Demokratie schützen“

Interview Warum wollen sich die Deutschen wegen Trump politisch engagieren? Ein Politikwissenschaftler erklärt es

Professor Weidenfeld, wie hat die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten Deutschland verändert?

**Werner Weidenfeld:** Die Wahl geht allen tief unter die Haut. Selbst in politikfernen Milieus ist Trump das Gesprächsthema Nummer eins. Die Trump-Wahl war ein außergewöhnliches Politikereignis, wie es nur alle zehn, zwanzig Jahre vorkommt. Das bewegt die Leute.

Bei allem Schimpfen über Trump – seine Wahl scheint bei den Deutschen wieder mehr Interesse für Politik hervorzuwecken. Viele Parteien berichten von deutlichen Mitgliederzuwächsen. Wie erklären Sie sich das?

**Weidenfeld:** Der Mechanismus ist für mich völlig klar. Bei den Menschen geht ein „demokratischer Alarm“ an. Schon der Wahlkampf in den USA war ungewöhnlich aggressiv und primitiv. Das hat die Stimmungsmilieus in Deutschland voll erfasst. Die Leute fragen sich: Was, wenn es bei uns genauso wird? Was kann ich tun, um unsere Demokratie zu schützen? Und dann liegt der Schluss nahe, sich politisch in Parteien zu engagieren.

Ist Trump also eine Chance für die etablierten Parteien? Sie haben zuletzt ja massiv Mitglieder verloren und sich den Unmut vieler Wähler zugezogen.

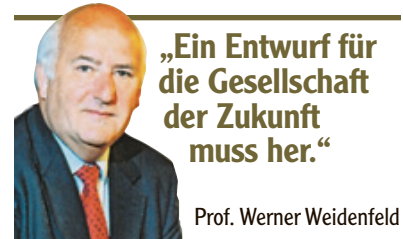
**Weidenfeld:** Ja, das ist eindeutig eine Chance. Aber ganz so einfach wird es nicht, Vertrauen zurückzugewinnen. Im Moment ist es vor allem die Besorgnis, die die Bürger umtreibt. Dieses Stimmungsmilieu macht zum Beispiel die AfD derzeit so stark. Um die Menschen aber nachhaltig für Politik zu begeistern, muss ein Entwurf für die Gesellschaft der Zukunft her.

Eine solche Vision ist aber nicht in Sicht ...

**Weidenfeld:** Deswegen sind den Parteien ja die Wähler davongelaufen. Aber ich bin da nicht so pessimistisch. Es gab immer wieder so Phasen, in denen neue Zukunftsentwürfe und neue Begrifflichkeiten gesucht wurden. Und sie wurden auch gefunden, beispielsweise unter Willy Brandt oder Helmut Kohl. Sehen Sie, wir leben im Zeitalter der Komplexität und der Konfusion. Die Digitalisierung und die Globalisierung machen die Welt schwieriger verständ-

lich. Die Menschen sind verwirrt und besorgt. Sie verstehen vieles nicht mehr. In so einer Situation ist der Bedarf an einer Zukunftsstrategie dramatisch.

Die SPD bietet zwar keinen Zukunftsentwurf, ist aber im Umfragehoch und



„Ein Entwurf für die Gesellschaft der Zukunft muss her.“

Prof. Werner Weidenfeld

verzeichnet starken Mitgliederzuwachs. Ist das der „Schulz-Effekt“ und wie funktioniert der?

**Weidenfeld:** Da sind wir wieder bei der Stimmungslage. Martin Schulz profitiert von seinem Temperament, von seiner Aufbruchsrhetorik. Das weckt Aufmerksamkeit und Begeisterung. Zukunftsperspektive bietet er bisher null. Also abwarten, wie lange dieses Phänomen anhält. Für Schulz und die SPD heißt es jetzt, die

richtigen Inhalte zu finden und bis zur Bundestagswahl zu portionieren.

Bei der CSU ist eine Art „Seehofer-Effekt“ zu spüren. Der geht aber eher ins Negative. An der Parteibasis rumsort es, Mitglieder treten aus. Warum?

**Weidenfeld:** Zunächst einmal steht das, was in den vergangenen ein- bis zwei Jahren inszeniert wurde, absolut in der Tradition der CSU. Die Botschaft nach Berlin: „Wir Bayern sind Champions League. Das geht so nicht, wie ihr das macht“, gehört spätestens seit Franz Josef Strauß zum Standardrepertoire der Partei. Es war aber immer eine sensible Gratwanderung. Und Seehofer ist jetzt ein Stück weit über die Kante gerutscht. Er hat Bundeskanzlerin Merkel in der Flüchtlingsfrage fortgesetzt heruntergemacht. Um dann plötzlich zu sagen: Alles wieder gut, wir gehen selbstverständlich mit ihr in den Bundestagswahlkampf. Das hat die Partei ein Stück weit gespalten. Nun kriegt Seehofer die Quittung dafür.

Rechnen Sie damit, dass die CSU deswegen Stimmen einbüßen wird?

**Weidenfeld:** Die Wahlen sind noch weit weg. Und die Menschen treffen ihre Wählentscheidung immer später. Wieder Stichwort Stimmung: Nicht wenige entscheiden erst auf dem Weg zum Wahllokal, welche Partei sie wählen. Das macht die Vorhersagen immer schwieriger.

Interview: Holger Sabinsky-Wolf

## Werner Weidenfeld

- Professor Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, 70, ist Politikwissenschaftler und Politikberater.
- Er ist in Koblenz geboren und aufgewachsen. Weidenfeld ist Direktor des Zentrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München und Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg).
- Von 1987 bis 1999 war Weidenfeld Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.